



Machtvoll: Über den Flugbetrieb am Euro-Airport (im Bild eine Airberlin-Maschine) entscheidet massgeblich der Verwaltungsrat.

KEYSTONE/GEORGIOS KEFALAS

Interessenkonflikte in der Führung

Euro-Airport Im Verwaltungsrat des Flughafens ist auch das Bundesamt für Zivilluftfahrt vertreten. Das stösst auf Kritik

VON HANS-MARTIN JERMANN

In unregelmässigen Abständen sorgt die Besetzung des Verwaltungsrats des Euro-Airports Basel-Mulhouse (EAP) für Kontroversen. Kein Wunder: Die 16-köpfige strategische Führung des EAP ist kein müdes Abnickergremium, sondern verfügt über grosse Macht. So entscheidet der Verwaltungsrat über den Flugbetrieb und legt weitgehend autonom die Betriebszeiten fest. Kurz vor Weihnachten hat der EAP die Wahl zweier neuer Verwaltungsratsmitglieder bekannt gegeben. Dass die neue Basler Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann in der EAP-Führung auf ihren demissionierenden Vorgänger Guy Morin folgt, dürfte kaum bestritten sein.

Auf Kritik stösst hingegen der Wechsel bei der Vertretung des Bundesamts für Zivilluftfahrt (Bazl). Dabei geht es nicht um die Person, sondern darum, dass das Bazl überhaupt in der EAP-Führung vertreten ist. Auf Anfrage der bz erklärt Hanspeter Weibel, SVP-Landrat aus Bottmingen und Präsident der parlamentarischen Geschäftsprüfungskommission: Es sei zumindest fragwürdig, dass Vertreter des Bazl als Aufsichtsbehörde gleichzeitig in der Flughafen-Führung mitmachen. «Die

Gefahr von Interessenkonflikten ist nicht von der Hand zu weisen», sagt Weibel. Etwa zwischen der Flugsicherheit und wirtschaftlichen Anliegen des Flughafens.

Start- und Landeverfahren am binationalen EAP werden von den beiden Luftfahrtbehörden, dem Bazl und der Direction Générale de l'Aviation Civile (DGAC) geplant und genehmigt. Nun ist das vom Euro-Airport aufgrund betriebswirtschaftlicher Gründe favorisierte Verfahren vielleicht nicht jenes, das von den Sicherheitsbehörden bevorzugt wird. Die beiden Bazl-Vertreter im EAP-VR geraten in diesem - fiktiven, aber denkbaren - Szenario mit ihren beiden Hüten leicht in die Bredouille, sind Spieler und Schiedsrichter, Leitung und Aufsicht zugleich.

Ganz anders in Zürich

Deshalb ist auch für den Baselbieter Grünen-Fraktionschef Klaus Kirchmayr klar: «Gemäss modernen Governance-Grundsätzen haben weder Schweizer noch französische Vertreter der Zivilluftfahrtbehörde im Leitungsgremium des EAP etwas zu suchen.» Doch weshalb ist dies heute überhaupt der Fall? Beim grössten Schweizer Landesflughafen Zürich käme es niemandem in den Sinn, ei-

EAP-VERWALTUNGSRAT

Doris Leuthard wählt

Im Verwaltungsrat des Euro-Airports Basel-Mulhouse sitzen acht Schweizer und acht französische Vertreter. Präsident ist aktuell **Jean-Pierre Lavielle** von der Industrie- und Handelskammer Südschweiz-Mulhouse, Vizepräsident BLT-Direktor **Andreas Büttiker**. Gewählt werden die Schweizer Vertreter von Verkehrsministerin **Doris Leuthard**. Diese Wahl erfolgt indes nicht autonom. So unterbreiten die Kantonsregierungen dem Departement Leuthards für je zwei Sitze beider Basel ihre Wahlvorschläge. Diese werden in aller Regel akzeptiert.

nen Bazl-Vertreter ins oberste Gremium zu berufen. Beim Bazl betont man, dass die Flughäfen Zürich und Basel in diesem Punkt nicht miteinander vergleichbar seien. Letzterer fusse auf einem Staatsvertrag zwischen der Schweiz und Frankreich. Sowohl das Bazl als auch die französische Luftfahrtbehörde DGAC stellen im EAP-VR je zwei Mitglieder. «Da es sich um einen binationalen Flughafen handelt, ist die Vertretung des Bundes unabdingbar», betont Bazl-Sprecherin Nicole Rätz auf Anfrage der bz. Dem lässt sich entgegenhalten, dass der Bund seine berechtigten Interessen im Verwaltungsrat des EAP auch anders wahrnehmen könnte - zum Beispiel via Vertreter des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco).

Schweiz soll nicht alleine handeln

Doch beim Bundesamt selbst sieht man keine Konflikte betreffend Corporate Governance. Schliesslich liege die Aufsicht über den Flugbetrieb und die Flugsicherheit am EAP bei Frankreich, argumentiert Bazl-Sprecherin Rätz. Das ändert freilich nichts an der Kritik, dass Luftfahrtbehörden in Leitungsgremien eines Flughafens nichts zu suchen hätten - die monierten Interessenkonflikte betreffen auch die

französische DGAC. Doch um die heutige Praxis über Bord zu werfen, müsste der Staatsvertrag abgeändert werden. Der Bundesrat müsste dies wollen, er ist für die Wahl der Schweizer Vertreter in den EAP-VR zuständig (siehe Kasten). Einen solchen Entscheid der zuständigen Minister aus der Schweiz und Frankreich würde Grünen-Fraktionschef Kirchmayr begrüssen. Nicht sinnvoll wäre hingegen ein unilaterales Vorgehen der Schweizer Seite: «Ziehen wir die Bazl-Vertreter zurück, bleiben gleichzeitig aber jene der französischen Luftfahrtbehörde im Verwaltungsrat, dann wird die Situation noch verschlimmert.» Denn wenigstens sei heute die Parität der Interessen gewahrt, gibt Kirchmayr zu bedenken.

Die Kritik an den beiden Bazl-Sitzen im EAP-Verwaltungsrat ist nicht neu. Bereits 2011 verwies die Baselbieter SP-Nationalrätin Susanne Leutenegger Oberholzer auf die erwähnten Interessenkonflikte. Dabei erwähnte sie auch die Tatsache, dass die lärmgeplagten Anwohner nicht im EAP-Verwaltungsrat vertreten seien. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Im Gegensatz dazu sitzt auf französischer Seite seit Jahren ein Vertreter der flughafenahnen Gemeinden im EAP-Führungsgremium.

INSERAT

LONGINES
CSI ★★★★★
BASEL

LONGINES

DIE GROSSE GALA DER WELTELITE.

SPRINGTURNIER
12. BIS 15. JANUAR 2017
ST. JAKOBSHALLE
csi-basel.ch

SHOWACT:
DRESSUR IN ABSOLUTER PERFEKTION

Trockenheit

Tiefer Wasserstand bremst Rheinschifffahrt aus

Der tiefe Wasserstand des Rheins hat Auswirkungen auf die Rheinschifffahrt. Gerade mal 25 Prozent des normalen Transportvolumens können derzeit bis nach Basel verschifft werden. Das Hauptproblem liege weiter flussabwärts, sagt Daniel Kofmel von den Schweizerischen Rheinhäfen.

Wichtig sei, dass die Logistiker in Rotterdam die geringste Tiefe einplanen, da bei niedrigem Wasserstand die Lademenge begrenzt werde durch die Wassertiefe der Fahrrinne, die die erforderliche Wassertiefe für die verkehrenden Schiffe erreicht. Der eingeschränkte Rheinverkehr habe aber keine grossen wirtschaftlichen Folgen, «weil sich der Wasserpegel schon nach dem ersten Regen wieder erholen sollte», erklärt Kofmel.

Neben der Schifffahrt hat der tiefe Wasserstand allerdings auch Auswirkungen auf das Wasserkraftwerk Birsfelden. Durch die kleinere Abflussmenge müssen Generatoren ausgeschaltet werden, was eine geringere Stromproduktion zur Folge hat, wie Direktor Sascha Jäger gegenüber «Radio Basiliak» erklärt hat.

Trotz stetiger Abnahme seit Anfang Dezember ist der Rhein mit seinem aktuellen Wasserstand von 4,84 Metern aber noch weit vom historischen Tiefstwert entfernt. Dieser steht seit 1909 bei der Messstation Rheinhalle mit 2,84 Metern zu Buche. Im benachbarten Baden-Württemberg dagegen liegt der Wasserstand nur noch wenig über der Marke von 3,15 Metern, dem Tiefstwert der letzten Jahrzehnte von 1985. Dies berichtet die «Badische Zeitung». (MK)

Obdachlose

Notschlafstelle wird zum Politikum

Die Basler SVP befürchtet einen Missbrauch der Notschlafstelle durch Auswärtige. Wegen einer grosszügigen Verteilung von Gutscheinen sei die Notschlafstelle überlastet. Das Problem liege vorab bei jungen arbeitslosen Männern aus Osteuropa, schreibt die Partei in einer Medienmitteilung.

Ausgelöst wurde die Diskussion durch einen Hilferuf der Organisation «Soup & Chill», die warme Mahlzeiten an Bedürftige verteilt. In den vergangenen Jahren stellte sie Hilfesuchenden Bons aus, die für eine Übernachtung in der Notschlafstelle berechtigten. Seit Dezember werden diese aber von der Sozialhilfe, welche die Schlafeneinrichtung betreibt, begrenzt. Begründung: «Soup & Chill» habe zu viele Bons verteilt und so falsche Signale ausgesendet. Die Sozialhilfe befürchte eine eigentliche Sogwirkung. So hätten auch Rumänen oder Slowaken profitiert.

Die SVP fordert nun den Regierungsrat dazu auf, «diesen Notschlafstellen-Tourismus umgehend zu unterbinden und die Verantwortlichen von «Soup & Chill» in die Schranken zu weisen». Es gelte, das Konzept der Schlafeneinrichtung grundsätzlich zu überdenken. Nur so sei sicherzustellen, dass aus der Region stammenden Personen eine warme Unterkunft angeboten werden könne und das Angebot für die tatsächlich Bedürftigen zur Verfügung stehe.

Zu ganz anderen Schlüssen kommt das Junge Grüne Bündnis. Bei den derzeit eisigen Temperaturen gefährde die Basler Sozialhilfe mit dieser Praxis Menschenleben. Gerade, wenn es in der Notschlafstelle noch freie Plätze habe, dürften Obdachlose nicht abgewiesen werden, nur weil sie nicht aus Basel kämen. Unabhängig ihrer Herkunft hätten alle Anspruch auf Nothilfe, betont die Jungpartei. (DBA)